

Die Rache der Erziehungsberechtigten



Von **Ulf Poschardt**

Herausgeber WELT, „Politico“, „Business Insider“

Stand: 28.11.2025 | Lesedauer: 3 Minuten



WELT-Herausgeber Ulf Poschardt

Quelle: Marlene Gawrisch/WELT

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen träumt von einem Social-Media-Verbot für junge Menschen. Dabei geht es nicht um Aufklärung und Mündigkeit, sondern um den Machterhalt autoritärer Eliten.

Der Siegeszug der sozialen Medien ist auch ein Siegeszug der Meinungsvielfalt und der Demokratisierung von Wissen und Ideen – trotz aller Schattenseiten. Die tragische Verstrickung von TikTok mit der kommunistischen Diktatur China ist dabei ebenso zu beachten wie die politische [Einflussnahme auf Twitter und Facebook \(https://www.welt.de/kultur/plus242986349/Twitter-Files-Das-ganze-Ausmass-der-Beeinflussung.html\)](https://www.welt.de/kultur/plus242986349/Twitter-Files-Das-ganze-Ausmass-der-Beeinflussung.html) unter der Biden-Regierung – besonders mit dem Ziel, [Kritik an der Corona-Politik zu zensieren \(https://www.welt.de/politik/ausland/article253202948/Facebook-Meta-Biden-Regierung-hat-uns-unter-Druck-gesetzt-Corona-Inhalte-zu-zensieren.html\)](https://www.welt.de/politik/ausland/article253202948/Facebook-Meta-Biden-Regierung-hat-uns-unter-Druck-gesetzt-Corona-Inhalte-zu-zensieren.html).

Dennoch müssen auch klassische Medien dankbar sein, dass es soziale Medien gibt, die aus der einst nischenhaft elitären Medienkritik eine populäre Auseinandersetzung mit Nachrichten und Politik gemacht haben. Waren die traditionellen Medien früher „Gatekeeper“ und Erziehungsberechtigte, ist diese Position heute stark lädiert. Das Infragestellen autoritärer Sprechpositionen, seien sie öffentlich-rechtlich oder privatwirtschaftlich finanziert, steht einer liberalen Gesellschaft gut an.

Dass die EU nun einen australischen Vorstoß aufgreift, Menschen unter 16 Jahren die sozialen Medien zu verbieten (https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/netzwelt/article6927388e1b28cda3730a67fc/social-media-ab-16-auch-eu-parlament-fordert-mindestalter.html), überrascht nicht. Marxistisch gesprochen, geht es um die Machtausweitung einer EU, die immer mehr Europäer als dysfunktional, sklerotisch und autoritär wahrnehmen – und deshalb kritisieren, gerade in den sozialen Medien. Dass Kommissionspräsidenten Ursula von der Leyen solch ein Verbot mit Hinweis auf ihre Kinder und Enkel begrüßt, wundert nicht. Es fügt sich in eine selbstherrliche Herrschaftsform, die radikalen Antikapitalismus in Gestalt des Klima-Aktivismus umarmt, aber jede Kritik am Beamtenmoloch in Brüssel als rechtspopulistisch brandmarkt.

Noch nie war die europäische Jugend so wenig links, noch nie war sie so gut informiert wie heute – wenn auch nicht im Sinne der herrschenden Eliten. Natürlich gibt es unendlich viel Mist im Netz, absurde Werbung, Verschwörungstheorien und Desinformation. Die ordnungspolitisch richtige Antwort darauf wäre ein verlegerähnliches Verantwortungsprinzip.

Ein Verbot ist die dümmste Idee. Denn wer bleibt dann als Informationsquelle übrig? In Deutschland vor allem die Jugendformate der öffentlich-rechtlichen Sender, die linksradikal, dunkelgrün oder kirchentagslinks moralisieren – und Kinder und Jugendliche zum Widerstand gegen die Fundamente von Wohlstand und Freiheit aufstacheln.

Universeller Zweifel

Twitter, Facebook, Instagram und TikTok sind für viele ein Fluchtpunkt aus der Enge der Selbstdarstellung einer Erwachsenengeneration, die mit ihrer pädagogischen Überheblichkeit und realpolitischen Idiotie viel Unglück über den Kontinent gebracht hat – vom „Green Deal“ bis hin zu Bemühungen, die sexuelle Identität von Kindern zum Ort identitätspolitischer Experimente zu machen.

Eine kluge Reaktion wäre die Einführung von Medienunterricht als verpflichtendes Schulfach ab der ersten Klasse, damit aus Kindern mündige Medienkonsumenten werden. Kinder sollten zum universellen Zweifel erzogen werden, um sich möglichst aufgeklärt selbst eine Meinung bilden zu können. Kinder und Jugendliche müssen lernen, wie Desinformation und Agitation funktionieren – zuletzt gerade bei Themen wie dem Gaza-Konflikt. Das macht sie dann auch zu mündigen Konsumenten von Deutschlandfunk, Anja Reschke und Georg Restle.